

Wahlprüfsteine

Bundestagswahl 2025



Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

1. Polizeibeauftragten in jetziger Form abschaffen? Wir kritisieren seine Befugnisse und, dass er Repressionsinstrument ist, anstatt Vertrauen zwischen Bürger und Polizei zu fördern.

Antwort:

Ja. CDU und CSU stehen fest an der Seite unserer Sicherheitsbehörden, des Zolls und unserer Einsatzkräfte bei Polizei, Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Hilfsorganisationen und Rettungsdiensten. Sie verdienen Rückhalt, Unterstützung und Wertschätzung, und wir haben volles Vertrauen in sie. Wo es Vorwürfe gegen sie gibt, müssen diese durch Staatsanwaltschaften und Gerichte aufgeklärt werden. Sonderermittler, wie den von der Ampel als Symbol des Misstrauens eingeführten Polizeibeauftragten des Bundes, schaffen wir wieder ab.

2. Bundesdisziplinalgesetz zurücksetzen? Wir fordern eine Differenzierung zwischen Disziplinarverfügung und -klage statt Entlassung aus dem Dienstverhältnis ohne Richterspruch.

Antwort:

Ja. CDU und CSU treten dafür ein, das Bundesdisziplinalgesetz wieder zu ändern. Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind schneller aus dem

Wahlprüfsteine

Bundestagswahl 2025



Öffentlichen Dienst zu entfernen. Wir lehnen es jedoch ab, einen Beamten ohne richterlichen Beschluss durch einfachen Verwaltungsakt zu entlassen.

3. Neues Bundespolizeigesetz?

Wir sagen JA zu Quellen-TKÜ, Onlinedurchsuchung, repressiver Zuständigkeit in allen präventiven Aufgaben, NEIN zu Kontrollquittungen, Kennzeichnung und Verlust der Handhabbarkeit!

Antwort:

Ja, das Bundespolizeigesetz muss reformiert werden. Starke Sicherheitsbehörden und eine leistungsfähige Justiz schützen unseren Rechtsstaat und ermöglichen Freiheit. Sie brauchen ausreichend und gut qualifiziertes Personal sowie moderne Befugnisse für ihre Arbeit. Wir geben unseren Sicherheitsbehörden eine möglichst umfassende Befugnis zur elektronischen Gesichtserkennung und erlauben ihnen die Nutzung moderner Software zur Analyse von großen Datenmengen, polizeilichen Datenbanken und sozialen Netzwerken. Wir schaffen digitale Befugnisse wie Quellen-Telekommunikationsüberwachung, Online-Durchsuchung und automatische Datenanalyse mittels KI für alle Bundessicherheitsbehörden.

Die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Bundespolizisten lehnen wir ab. Wir verpflichten sie auch nicht, anlässlich einer Kontrolle eine Kontrollquittung auszustellen. Wir brauchen unsere Sicherheitsbehörden im Kampf gegen die Kriminalität und nicht im Kampf mit der Bürokratie.

Wahlprüfsteine

Bundestagswahl 2025



4. Reform Aufenthaltsgesetz? Wir fordern die Erweiterung der §§ 54, 71 AufenthG sowie die Rücknahme des § 104c AufenthG.

Antwort:

Ja. Asylbewerber ohne Schutzberechtigung müssen unser Land wieder verlassen. Wir erarbeiten ein Gesetz, um die Zahl der Rückführungen zu steigern. Auch dabei werden wir der Bundespolizei mehr Kompetenzen geben, etwa ausreisepflichtige Ausländer vorübergehend in Haft oder Ausreisegewahrsam zu nehmen, um ihre Abschiebung sicherzustellen. Jeder ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder muss im Anschluss an seine Haft in zeitlich unbegrenzten Ausreisearrest genommen werden können, bis er freiwillig ausreist oder die zwangsweise Abschiebung gelingt.

Wir wollen zentrale Asylverfahren für beschleunigte Verfahren und Bundesausreisezentren schaffen, um Rückführungen zu erleichtern. Nach Afghanistan und Syrien wollen wir regelmäßig abschieben – vor allem Straftäter und Gefährder.

Das Chancen-Aufenthaltsrecht setzt Fehlanreize. Wir lehnen es ab, dass Ausreisepflichtige, deren Identität nicht geklärt ist, durch das Chancen-Aufenthaltsrecht privilegiert werden, indem sie ohne Gefahr einer Rückführung dauerhaft hierbleiben können.

Wir legen umgehend ein Gesetz zur Bekämpfung des Extremismus vor. Wer für Ziele und Handlungen einer Terrororganisation wirbt, macht sich künftig strafbar. Das Gesetz sieht u. a. vor: eine zwingende Regelausweisung, das Versagen eines Aufenthaltstitels und bei Doppelstaatlern den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit.

Wahlprüfsteine

Bundestagswahl 2025



5. Durchsetzung Asylgesetz? Wie stehen Sie zu Zurückweisungen an den Binnengrenzen im Falle von Schutzersuchen? Wir fordern die Durchsetzung der §§ 18, 18a AsylG.

Antwort:

Ja. Wir wollen die Kontrolle über die Migration zurückgewinnen. Wir werden Grenzkontrollen konsequent mit Zurückweisungen verbinden. Wir müssen wieder selbst entscheiden, wer zu uns kommt und wer bleiben darf. Wir setzen einen faktischen Aufnahmestopp sofort durch. Dazu weisen wir diejenigen an den deutschen Grenzen zurück, die aus einem anderen Mitgliedstaat der EU oder dem Schengen-Raum nach Deutschland einreisen und bei uns einen Asylantrag stellen wollen. Die erforderlichen Kontrollen an den deutschen Grenzen verlängern wir, solange es notwendig ist. Zugleich investieren wir in modernste Grenzsicherungstechnik, wie etwa in Drohnen, Nachtsicht- und Wärmebildkameras.

6. Welchen Stellenwert hat die Bundespolizei in Ihrer sicherheitspolitischen Ausrichtung insbesondere mit Blick auf Attraktivität und Arbeitsbedingungen (Haushalt, Dienstpostenstruktur, Arbeitszeit, ...)?

Antwort:

Die Bundespolizei ist eine zentrale Säule in der Sicherheitsarchitektur unseres Landes. Wir unterstützen sie bei ihren umfangreichen und vielfältigen polizeilichen Aufgaben, etwa auf den Feldern des Grenzschutzes, der Bahnpolizei und der Luftsicherheit.

Wir stärken der Bundespolizei weiterhin den Rücken und geben ihr die notwendigen Befugnisse, eine zeitgemäße Ausstattung und ausreichend Personal an die Hand. Der

Wahlprüfsteine

Bundestagswahl 2025



Öffentliche Dienst braucht flexiblere Einstiegsvoraussetzungen, ein flexibleres Laufbahnrecht, eine stärker leistungsorientierte Vergütung und attraktivere Arbeitsorte.

7. Wie stehen Sie zu einer europäischen Grenzschutzbehörde mit hoheitlichen Befugnissen?

Antwort:

Die EU-Außengrenzen müssen wirksam geschützt werden. Damit nicht mehr Schlepper und Schleuser über die Einreise in die EU entscheiden, muss der europäische Außengrenzschutz weiter deutlich verbessert werden. Wir dringen darauf, dass zu einem wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen auch verstärkt der bauliche und technische Grenzschutz gehören. Durch einen funktionierenden Außengrenzschutz wollen wir Kontrollen an den Binnengrenzen perspektivisch überflüssig machen.

Frontex muss eine echte Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen und deutlich aufgestocktem Personal werden. Schrittweise sollte Frontex eigene Grenzabschnitte zugewiesen bekommen und diese eigenverantwortlich schützen. Unser Ziel ist es, die gemeinsamen europäischen Außengrenzen auch gemeinsam europäisch zu schützen.



8. Werden Sie die Polizisten von vollzugsfremden Aufgaben entlasten?

Der Vollzugsdienst wird zunehmend mit Verwaltungsaufgaben belastet. Wie werden Sie konkret die Verwaltung schlagkräftiger machen?

Antwort:

Unser Staat hat die Kernaufgabe, den Bürgern zu dienen. Dazu leisten die Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst täglich einen wichtigen Beitrag. Mit ihrer Expertise, Erfahrung und ihrem Engagement tragen sie ganz wesentlich dazu bei, dass unser Staat und unsere Verwaltung funktionieren.

Wir wollen einen starken Staat mit starken Sicherheitsbehörden, der die Menschen in Deutschland schützt. Dazu setzen wir auf ausreichend und qualifiziertes Personal, eine gute Ausstattung und entsprechende Befugnisse für unsere Polizei und den Verfassungsschutz sowie eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung aller Sicherheitsbehörden, auch mit internationalen Partnern.

Klar ist aber auch: Der Staat muss unbürokratischer werden. Es ist dringend notwendig, auf allen staatlichen Ebenen überflüssige Bürokratie abzubauen, auch zugunsten einer leistungsfähigen Verwaltung. Eine moderne öffentliche Verwaltung muss die Chancen der Digitalisierung verstärkt nutzen. Vernetzung und Digitalisierung sind der Schlüssel zum Erfolg. Bei der Bekämpfung und Verfolgung von Kriminalität darf es nicht vorkommen, dass die eine Behörde nicht weiß, was die andere längst ermittelt hat. Wir treten deshalb für eine umfassende Vernetzung der bei den Sicherheitsbehörden vorhandenen Daten ein.

Wahlprüfsteine

Bundestagswahl 2025



Eine bürgernahe Polizei ist von nichthoheitlichen Aufgaben und bürokratischen Tätigkeiten zu entlasten. Sie braucht mehr Freiräume, um ihren eigentlichen Auftrag, für Sicherheit zu sorgen, in vollem Umfang wahrnehmen zu können.